

BRANCHENNEWS

## 2Gplus bundesweit



Bund und Länder haben sich beim Bund-Länder-Treffen am 7. Januar 2022 auf eine einheitliche 2Gplus für den Zutritt zu Restaurants, Kneipen, Bars und Cafés geeinigt / Motivbild: [www.pixabay.com](http://www.pixabay.com)

Bund und Länder haben sich beim Bund-Länder-Treffen am 7. Januar 2022 auf eine einheitliche 2Gplus für den Zutritt zu Restaurants, Kneipen, Bars und Cafés geeinigt. Somit ist doppelt Geimpften und Genesenen dieser bald nur noch mit einem tagesaktuellen, negativen Schnelltest möglich.

Hintergrund für die neuen Beschlüsse ist die aktuelle Dynamik der Pandemie, auch aufgrund der verstärkten Verbreitung der Omikron-Variante, und die damit ansteigenden Infektionszahlen. Die 2Gplus-Regel für die Gastronomie soll bundesweit und unabhängig von der lokalen Inzidenz gelten. Ausgenommen von der Testpflicht sind geboosterte Personen ab dem Tag ihrer Auffrischungsimpfung. Als Begründung für die Entscheidung führte Bundeskanzler Olaf Scholz an, dass in der Innengastronomie Masken nicht dauerhaft getragen werden und sich dadurch Omikron dort besonders leicht überträgt.

Zu den neuen Beschlüssen, die neben Olaf Scholz Franziska Giffey, Regierende Bürgermeisterin von Berlin, und Hendrik Wüst, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, in einer Pressekonferenz vorstellten, gehörten auch neue Quarantäne-Regel.

?Quasi-Lockdown? für Gastronomie

Bereits im Vorfeld äußerte sich der DEHOGA Bundesverband kritisch zu den neuen Regelungen für die Gastronomie. Flächendeckend 2Gplus wäre eine Katastrophe für Kneipen und Restaurants, sagte Hauptgeschäftsführerin Ingrid Hartges gegenüber Medien. Auch Angela Inselkammer, Präsidentin des DEHOGA Bayern, warnte im Vorfeld: ?Ich

warne vor panischem Aktionismus, 2Gplus stürzt Betriebe in Existenznot ohne Mehrwert für das Infektionsgeschehen. Die geplante Verschärfung lehnen wir daher kategorisch ab. Der geplante Beschluss käme im ohnehin extrem umsatzschwachen Januar einem Quasi-Lockdown gleich, für viele Betriebe würde sich eine weitere Öffnung nicht mehr rechnen. Zugleich sorgt allein schon die Diskussion darüber zu einer ganz erheblichen Verunsicherung in der Branche, vor allem bei den Mitarbeitern.?

DEHOGA-Bayern-Landesgeschäftsführer Dr. Thomas Geppert ergänzte: ?Es gibt auch keinen infektiologischen Grund, warum nun ausgerechnet wieder nur in der Gastronomie Verschärfungen angedacht werden. Der Dauer-Lockdown des letzten Winters hat doch bewiesen, dass selbst bei monatelanger Schließung aller Betriebe das Infektionsgeschehen nicht zurückgeht. Einen Bereich, der nachweislich kein Infektionstreiber ist, weiter einseitig zu verschärfen, ist weder nachvollziehbar noch verhältnismäßig. Zudem würde sich das Infektionsgeschehen durch Verlagerungen von Treffen in den privaten Bereich letztlich sogar erhöhen. Anstatt immer nur auf die Gastronomie zu schauen, sollten zunächst andere Bereiche möglichst sicher gemacht werden. Unsere Branche hat bewiesen, dass die bestehende 2G-Regelung funktioniert, die Gastronomie ist nicht Teil des Problems, sondern der Lösung.?

Andrea Belegante, Hauptgeschäftsführerin des Bundesverband der Systemgastronomie (BdS), äußerte sich kurz nach der Vorstellung der jüngsten Beschlüsse der Bund-Länder-Konferenz am 7. Januar: ?Erneut ist es nach den jüngsten Beschlüssen so, dass die Systemgastronomie wieder mit deutlichen und harten Einschränkungen konfrontiert wird. Das ist mehr als enttäuschend, macht fassungslos und stürzt einmal mehr die vielen mittelständischen Unternehmen meiner Branche in existentielle Sorgen. Die Systemgastronomie hat im vergangenen Jahr und nochmals im Dezember ohnehin dramatische Umsatzeinbußen hinzunehmen. Warum hat die Gastronomie denn in Hygienekonzepte, Luftfilter, Trennwände und viele weitere Schutzmaßnahmen investiert, wenn politische Entscheidungsträger nach all diesen funktionierenden, behördlich genehmigten Schutzmaßnahmen die Gastronomie weiterhin als ?Problembereich? an den öffentlichen Pranger stellen? Der Aktionismus bei der Verschärfung der Zugangsregeln in der Gastronomie zeigt leider einmal mehr, dass Maßnahmen ergriffen werden, ohne deren Zielgenauigkeit und Mehrwert der bei der Bekämpfung der Coronapandemie zu kennen.?